

## **Stellungnahme zum Antrag**

**Nr. AT/0100/2014**

Beratung im **Stadtrat** am **13.11.2014**, TOP 27 öffentliche Sitzung

**Betreff: Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und SPD: Koblenz soll zum plastiktütenfreien Vorbild werden**

### **Stellungnahme/Antwort:**

Die Verwaltung begrüßt den Antrag zur Vermeidung von Plastiktüten durch einen freiwilligen Verzicht des Handels in Koblenz.

In Berlin wird solch ein Projekt durch die Deutsche Umwelthilfe mit erheblichem Kosten- und Personalaufwand betrieben, das auch weit über Berlin hinaus Aufmerksamkeit erhielt. Nicht zuletzt wegen des Weltrekordversuchs.

Das Modellprojekt verfolgt dabei drei Handlungsstränge:

- Information der Bevölkerung
- Kooperation mit dem Handel zur Vermeidung von Einwegtüten
- Erarbeitung von Handlungsmöglichkeiten für die Politik

Ein von der Deutschen Umwelthilfe beauftragtes Rechtsgutachten hat ergeben, dass auf kommunaler Ebene ein solches Projekt nur auf Freiwilligkeit basierend durchgeführt werden kann. Entsprechend dem Antrag bietet sich hierfür ein Gespräch mit dem Einzelhandel, seinen Vertretern und den verschiedenen Zusammenschlüssen an, um gemeinsam Handlungsmöglichkeiten zu erarbeiten, die die Flut an Plastiktüten eindämmen.

Einen völligen Verzicht des Handels auf Plastiktüten zu erreichen, wird aber auf Grund der Freiwilligkeit als nicht realistisch angesehen.

Eine erste, kleine Anfrage beim Einzelhandel hat gezeigt, dass die Plastiktüte ein wichtiges Marketinginstrument des Einzelhandels ist und man einem Verzicht hierauf kritisch gegenübersteht.

Wie in Berlin, wird auch in Koblenz die Information der Bevölkerung und deren aktive Einbeziehung ein Baustein sein. Eine Möglichkeit hier aktiv zu werden, sehen wir beispielsweise in der Realisierung einer „Koblenz-Tasche“, die die Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger mit Ihrer Stadt und dem Gedanken der Müllvermeidung zusammenführt.

Eine solche Tasche könnte im teilnehmenden Einzelhandel und anderen Stellen vertrieben werden. Durch die „Schutzgebühr“ würde sich das Projekt refinanzieren und keine weitere Belastung des Einzelhandels sowie der Verwaltung entstehen. Hier kann man auf die Erfahrungen anderer Kommunen z.B. Neustadt zurückgreifen.

Eine entsprechende Information und Bewerbung des Projekts in den Medien und die Berichterstattung in den Gremien versteht sich von selbst.

**Beschlussempfehlung der Verwaltung:**

**Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag entsprechend zu unterstützen und im Rahmen der Möglichkeiten auf der Basis eines freiwilligen Verzichtes auf ein plastiktütenfreies Koblenz hinzuarbeiten.**